PAX AN

3/25

Druckausgabe

Informationen der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir verschicken diese gedruckte Ausgabe von PAX AN an Mitglieder und InteressentInnen der DFG-VK in Bayern, sowie an die SpenderInnen des HMV-Bildungswerkes.

Wenn Euch dieses PAX AN ins Haus flattert, hat der Deutsche Bundestag das „Wehrpflichtmodernisierungsgesetz" wohl schon beschlossen. Wir erwarten eine weitere massive Zunahme der Anfragen nach Information und Beratung über Kriegsdienstverweigerung, wenn im kommenden Jahr die Fragebögen der Bundeswehr verschickt werden, und für Hunderttausende Jugendliche die Frage „Dienst bei der Bundeswehr" noch einmal konkreter wird.

Schon im September und Oktober, als das Gesetz im Bundestag behandelt und öffentlich besprochen wurde, stieg die Zahl der Anfragen, meist per E-Mail.
Wir haben darauf reagiert und eine eigene E-Mailadresse „kdv-bayern@dfg-vk.de" eingerichtet.
Willi Rester, DFG-VK Gruppe Oberpfalz, hat die Aufgabe übernommen, die eingehenden Anfragen auf die BeraterInnen zu verteilen. Schon mehrmals haben Online-Schulungen für neue BeraterInnen stattgefunden. Ehemalige Berater aus den 70er Jahren haben sich wieder gemeldet, neue sind eingestiegen.

Parallel hat das Interesse der Medien an der Diskussion über die Wehrpflicht zugenommen. Die regierungstreuen Medien wollen natürlich Propaganda für die „Kriegstüchtigkeit" machen.
Es gab und gibt derzeit viele Info-Veranstaltungen und Demonstrationen gegen die Wehrpflicht.
Sofern ich Gelegenheit habe, bezeichne ich die massenhafte Kriegsdienstverweigerung als die notwendige Antwort auf die Weidereinführung der Wehrpflicht. Für PazifistInnen selbstverständlich, nicht so für andere Strömungen in der Friedensbewegung, die zwar jetzt gegen die Wehrpflicht agitieren, aber nicht zur Kriegsdienstverweigerung aufrufen.
Ich bitte abschließend um freundliche Beachtung unseres Wunschzettels auf S. 4!
Mit den besten Wünschen für das kommende Jahr!

Thomas Rödl, Sprecher DFG-VK Bayern

Landesversammlung der DFG-VK Bayern

Die Landesmitgliederversammlung fand am 26.10. 2025 in Nürnberg statt.
Nach der kritischen Nachbesprechung der Tagung „Schritte zum Frieden denken" des Vortages (siehe S. 3), nahm die Versammlung die Berichte des Geschäftsführers und der Kassenführung entgegen. (Mitglieder der DFG-VK Bayern erhalten das Protokoll der LMV auf Anfrage)
Die Finanzlage des Landesverbandes ist erfreulich stabil und die Zahl der Mitglieder ist im vergangenen Jahr sogar leicht angestiegen.
Nur ein Teil der vorliegenden Anträge konnte verabschiedet werden, so der Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung, die Unterstützung des SchülerInnenwettbewerbs „Sei FriedenskünstlerIn", sowie der Beschluss, weiterhin Aktivitäten gegen die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in Grafenwöhr zu unterstützen. Die weiteren Anträge – Erklärung zum Ukraine-Krieg, Positionspapier zum Krieg in Nah-Ost – wurden auf den Landesausschuß vertagt.
In den SprecherInnenkreis wiedergewählt wurden: Thomas Rödl (Geschäftsführung), Maria Feckl (stellvertretende Geschäftsführung), Johanna Pfeffer (Kassenführung), Christina Schweiger (stellvertretende Kassenführung), Martina Jäger (Internetseite, youtube-Kanal), Willi Rester (Koordinator der KDV-Beratung), Olaf Maiwald (Kontakt zum Bundesverband), Traudel Haury (Org. Landesausschuß und regionale Pressearbeit). Zum ersten Mal sind in diesem SprecherInnenkreis mehr Frauen als Männer zu finden.

Bild: Maria Feckl spricht bei der Kundgebung am Sendlinger Tor Platz

Der Krieg im Nahen Osten und insbesondere in Gaza bewegt uns alle. Seit Oktober 2024 organisiert die DFG-VK München, initiiert von Maria R. Feckl und Leo Sauer, monatliche Kundgebungen an zentralen Orten wie dem Sendlinger-Tor-Platz, dem Stachus und dem Gärtnerplatz. Besonders große Resonanz fanden die Demonstrationen am 11. Januar und am 2. Oktober 2025 auf dem Marienplatz, an denen jeweils bis zu 1.000 Menschen teilnahmen.
Seit April 2025 tragen sie das Motto:

„Waffenlieferungen an Israel? NICHT in meinem Namen!"

Bereits zur Januar-Kundgebung 2025 formierte sich ein erstes breites Bündnis. Seit Mai 2025 besteht eine dauerhafte Kooperation mit Amnesty International München, die wir kontinuierlich ausbauen. Mittlerweile gehören dem Bündnis folgende Organisationen an:
DFG-VK Bayern, Amnesty International München, medico international, Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe, Frauen in Schwarz München, IFFF, IPPNW, DIE LINKE München, Mera25 Bayern, pax christi München-Freising, Fridays for Future München und GEW München.

Betrifft: Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung steigt drastisch an!

Anlässlich der Beratungen im Deutschen Bundestag über die schrittweise Wiederinkraftsetzung der Wehrpflicht, haben wir die folgende Mitteilung an die Medien verschickt (hier leicht gekürzt):
Die DFG-VK verzeichnet eine Rekordzahl an Beratungen von Kriegsdienstverweigerern (KDV), die einen Antrag nach Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes stellen wollen.

Alleine im Oktober gingen hier 185 Anfragen nach KDV-Beratungen ein. Damit mehr als in den ganzen 12 Monaten vor August 2025. „Besonders stark stieg die Nachfrage von „Ungedienten", aber auch die Zahl der Anträge von Reservisten stieg noch einmal deutlich an" so Thomas Rödl, Landessprecher der DFG-VK Bayern. Einen deutlichen Anstieg an KDV-Anträgen erwarte er aber erst im nächsten Jahr, wenn die Bundeswehr alle Jugendlichen auffordern wird, einen Fragebogen auszufüllen.

Genauer schlüsselte die Zahlen Willi Rester, als Koordinator der bayerischen KDV-Berater, auf. 72% der KDV-Anfragen kommen mittlerweile von Ungedienten der Jahrgänge 1993 und jünger. Sie sind zwar nicht wehrpflichtig, erklären aber trotzdem, dass sie nicht gegen ihr Gewissen im Auftrag der Bundeswehr töten werden. Auch Väter und Mütter erkundigten sich. „Ich habe mein Kind nicht als Kanonenfutter auf die Welt gebracht" zitierte er die drastischste Anfrage.
Der Rest der Anträge komme vor allem von Reservisten und vereinzelt von (aktiven) Soldaten. Nach Meinung von Willi Rester seien gut die Hälfte der zur Durchsicht zugesandten Begründungen Misstrauenserklärungen gegen die militärgestützte Machtpolitik der BRD. . . . .
Die DFG-VK berät bundesweit ehrenamtlich und kostenlos Kriegsdienstverweigerer. . . .
Nach unseren Informationen steigt die Anzahl der Ablehnungen von KDV-Anträgen. ... auf mittlerweile fast ein Drittel.
Willi Rester vermutet als Ursache vor allem völlig ungenügende 2-Zeilen- Begründungen, Texte die von sog. Künstlicher Intelligenz generiert wurden, oder zweifelhafte Vorlagen, die einfach von Internetseiten kopiert wurden.

Die PazifistInnen fordern alle Wehrpflichtigen auf, den Kriegsdienst zu verweigern!

Hier die ganze Mitteilung:
https://dfg-vk-bayern.de/medienmitteilung-zur-kdv-in-bayern/

Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen!

Kundgebung in Grafenwöhr am 20.9. 2025

Etwa 250 Menschen versammelten sich am Samstag, 20.9. 2025, im Stadtpark von Grafenwöhr, um gegen die geplante Stationierung von neuen Raketen zu protestieren.

Im Sommer 2024 haben der damalige Kanzler Scholz und der damalige US-Präsident Joe Biden bekannt gegeben, dass 2026 neue Mittelstreckenwaffensysteme in Deutschland stationiert werden sollen.
Auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr in der Oberpfalz ist die 41. Feld-Artillerie-Brigade der US-Army stationiert, die solche Raketensyssteme bedienen kann. Daher nehmen wir an, dass die geplanten Waffensysteme dort aufgestellt werden, wenn dies auch offiziell nicht bestätigt wird.

Die geplanten Waffensysteme „Tomahawk Marschflugkörper", „Standard Missile 6" und die Hyperschallwaffe „Dark Eagle" sind als strategische Waffen zu betrachten. Sie können Raketen, Kommandozentralen und Führungseinrichtungen der russischen Streitkräfte präventiv zerstören. Im Konfliktfall müsste die russische Seite ebenfalls versuchen, diese Waffensysteme präventiv auszuschalten. Dafür könnten sie natürlich auch Atomwaffen einsetzen.
Auf Initiative der DFG-VK Bayern hat sich ein Trägerkreis aus verschiedenen Friedensinitiativen gebildet, welcher mit dieser Kundgebung über die Gefahren der geplanten Stationierung aufmerksam machen wollte.

„Heimatschutz beginnt mit einem Nein zu Mittelstreckenwaffen", so Rainer Braun, Initiator des „Berliner Appells gegen neue Mittelstreckenwaffen" und Hauptredner der Demonstration. "Raketen sind Magneten für andere Raketen" so Braun.
Thomas Rödl, Sprecher der DFG-VK Bayern, forderte in seinem Beitrag, dass der sogenannte INF-Vertrag wieder in Kraft gesetzt werden sollte. Dieser Vertrag von 1987 hatte die Reichweite von landgestützten Raketensystemen auf 500 km begrenzt. ...
Die Aufnahme von Gesprächen über Rüstungskontrolle sei ein wichtiger Beitrag zur Entspannung in der aktuellen gefährlichen Phase der Konfrontation.
Nach einer musikalischen Auflockerung durch die Rockgruppe „ruam" (die Rüben) wurde das Grußwort des Wiesbadener Bündnis gegen Raketenstationierung verlesen. Denn dort sitzt das Kommando, das den Einsatz der Raketensysteme befehligen soll. Auch das Kommando in Wiesbaden sei ein vorrangiges Ziel für Präventivschläge.

Aaron Valent, Mitglied des Bundestages für die Partei „Die Linke", kam direkt aus den Haushaltsberatungen zur Kundgebung. „Es fühlt sich surreal an, wie auf der einen Seite tausende Millionen Euros für Aufrüstung beschlossen werden", so in seinem Beitrag. Und an anderer Stelle wird um ein paar Tausender geknausert, die Schulen oder Dörfer bräuchten. Er forderte eine Diskussion im Bundestag, um eine solche bedeutende Rüstungsmaßnahme breit vorzustellen. Das könne keine Hinterzimmerentscheidung sein.

Thomas Rödl: Nach den Erfahrungen mit der Organisation der Kundgebung im ablaufenden Jahr, meine ich, es braucht eine „Arbeitsstelle Grafenwöhr", die aber erst mal finanziert werden muss! Forts. S. 4

Die friedenspolitische Tagung der DFG-VK Bayern, in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk und attac Würzburg, fand in diesem Format nun zum vierten Mal in Nürnberg statt. Mit dem obigen Bildmotiv der Einladung zur Tagung wird unser aktueller Bezugspunkt - Krieg und Zerstörung, nicht nur in der Ukraine und in Palästina, assoziativ deutlich.

Titel des Referats von Andreas Zumach:

Helsinki 2.0 - naive Illusion oder konkrete Utopie?

Vor 50 Jahren war die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE. Mit einer großen Abschlusskonferenz, nach einer Reihe von vorbereitenden Konferenzen, eben in Helsinki. Teilnehmer waren alle Staaten Europas und die USA und Kanada. Daraus ist die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ entstanden. Von dieser ist äußerst selten die Rede, denn sie spielt heute politisch kaum eine Rolle.
Andreas skizzierte die internationalen politischen Rahmenbedingungen der KSZE 1975. Durch die deutsche Ostpolitik waren die Grenzen der Staaten, wie sie die Siegermächte des zweiten Weltkrieges vereinbart hatten, anerkannt worden. Dies sei auch eine notwendige Bedingung für ein Helsinki 2.0, aber heute nicht gegeben.
Damit bezog er sich vermutlich auf die „Annexion“ der Krim und der Donbass-Regionen durch Russland. Der Präzedenzfall für die gewaltsame Veränderung von Grenzen sei aber schon durch den Krieg der NATO zur Zerschlagung Jugoslawiens 1999 gewesen.

Die Präsenz fremder Truppen sei mit einer Struktur für Sicherheit und Zusammenarbeit nicht vereinbar. Auch die russische Präsenz in Georgien sei illegal, auch die Stationierung von 5000 US-Soldaten (in Osteuropa) verstoße gegen den KSE- Vertrag (Konventionelle Stabilität in Europa), den Russland allerdings ausgesetzt hat.
„Eine Weiterexistenz der NATO, mit dieser Führungsrolle der USA, mit diesen Kontroll- und Einflussmöglichkeiten, macht eine gesamteuropäische Sicherheits- und Friedensordnung nicht möglich“

Selbst wenn die NATO aufgelöst wäre, sollten dann die USA und Kanada in einer europäischen Sicherheitsordnung dabei sein? Für ihn eine offene Frage.
Ziel müsse sein:
„Eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung in der sich alle Staaten voreinander sicher fühlen können. Die ost- und mitteleuropäischen Staaten vor Russland, Russland vor den westeuropäischen Staaten und alle untereinander, wird es nur geben im Idealfall ohne nationale Verfügung über militärische Ressourcen.
Das ist der Idealfall, auf den wir als DFG-VK ja auch hinwirken müssen! Unter Verbleib vielleicht einer OSZE-Blauhelmtruppe, mit dem bekannten Zweck, bei künftigen Konflikten zur Befriedigung eingesetzt zu werden.
Aber wenn dieses Ideal nicht erreicht wird, dann eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung zunächst auf einem möglichst geringen Niveau von Militär und das natürlich ohne Atomwaffen. Das wäre schon ein gewaltiger Fortschritt.
Doch die Entwicklung läuft diametral in die andere Richtung.“
Dann beschrieb er den Charakter der Mittelstreckenwaffen, deren Stationierung geplant ist, als destabilisierende Erstschlagswaffen. (siehe vorhergehende Seite)

Sind die Strukturen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit nutzbar für eine bitter nötige Entspannungspolitik – trotz Krieg in der Ukraine, trotz Präsenz fremder Truppen?
Dazu hat er sich nicht mehr geäußert. Fremde Truppen abziehen? Auch die russischen aus dem Donbass? NATO auflösen – wie soll das gehen? Diese Parole hilft uns nicht weiter, denn wie soll das gehen?
Bleibt also die Verhinderung der Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen, die Verhinderung von Aufrüstung allgemein.

Damit bleibt die Forderung in der Erklärung zum Ukraine-Krieg der DFG-VK Bayern eher eine Illusion, gleichwohl notwendig weiterhin zu fordern:
„Eine neue Entspannungspolitik muss eingeleitet werden, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt. Wir treten ein für eine Friedenskonferenz im Rahmen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Sicherheit ist neu zu denken und in eine zivile Außenpolitik umzusetzen.

Alle Videomitschnitte sind auf youtube, zu finden über die Internetseite der DFG-VK Bayern, dort einfach das nebenstehende Bildelement anklicken.

Siedlerkolonialismus, ethnische Säuberung und Völkermord - Israel in Palästina.

Das war der Titel des zweiten Referats, eingebracht von Helga Baumgarten. Sie ist eine deutsche Politikwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Palästina. Sie lehrte von 1993 bis zu ihrem Ruhestand im Jahr 2019 als Professorin an der Universität Bir Zeit im Westjordanland. Sie lebt in Ost-Jerusalem. Kurz vor unserer Tagung war sie erkrankt und nicht in der Lage, den Flug nach München anzutreten.
Daher war sie über Videokonferenz zugeschaltet und auf der Leinwand im Saal zu sehen. (Die Videoaufzeichnung ist auf youtube, s.o.)
Einige Tage vor unserer Veranstaltung ist der von Präsident Trump erzwungene Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas-Organisation in Kraft getreten. Den Plan von US-Präsident Trump bezeichnete sie als neuen Kolonialismus, der die realen Verhältnisse im Gaza-Streifen nicht berücksichtige und ohne Beteiligung der Menschen dort entstanden sei.
Trotz des brüchigen Waffenstillstandes sei es weiterhin notwendig, eine Ende deutscher Waffenlieferungen an Israel, und die Öffnung der Grenzübergänge einzufordern. Damit Lebensmittel, medizinische Hilfe, Material für Unterkünfte ungehindert nach Gaza gelangen könnten; sowie Kranke und Schwerverletzte evakuiert werden könnten. In der öffentlichen Debatte in Deutschland werde immer die Hamas-Organisation in den Mittelpunkt gestellt, statt den Völkermord als solchen zu bezeichnen und über die Praktiken der israelischen Streitkräfte zu berichten.

Aus meinen Notizen, es gibt kein Manuskript und keine Abschrift des Referats.
Thomas Rödl.
Die Darstellung des Konflikts und der Verläufe seit Oktober 2023 findet sich im aktuellen Buch von Helga Baumgarten und Norman Paech: Völkermord in Gaza. Promedia Verlag 2025

„Gegen den Strom der Gewalt“

Ist das Motto der 24. Internationale Münchner Friedenskonferenz, 13.2.- 15.2. 2026
Auszüge aus dem inhaltlichen Konzept:

Angesichts einer weltweiten politischen Realität, in der staatliches Handeln oft von Machtpolitik, militärischer Logik und der Durchsetzung nationaler Interessen geprägt ist, werden zentrale Aufgaben wie Friedenssicherung, Gewaltprävention und Schutz der Bevölkerung vielfach vernachlässigt.
Gerade hier zeigt sich die Bedeutung der Zivilgesellschaft: Wenn politische und militärische Entscheidungsträger ihrer Verantwortung nicht ausreichend nachkommen, übernehmen zivilgesellschaftliche Akteure die Aufgabe, Alternativen sichtbar zu machen, Verantwortung zu teilen und Perspektiven von Gerechtigkeit, Dialog und Diplomatie einzubringen.

Mit dem Leitmotiv „Gegen den Strom der Gewalt“ stellt die Konferenz heraus, dass Frieden nicht das Ergebnis militärischer Machtpolitik ist, sondern Aufgabe des Rechtsstaats und Verantwortung der Gesellschaft, getragen von Menschen, Bewegungen und Initiativen.

Die Internationale Münchner Friedenskonferenz 2026 stellt den Mut ins Zentrum, Krieg und Gewalt zu widersprechen. Am Freitagabend widmen wir uns der Kriegsdienstverweigerung als Ausdruck individuellen und kollektiven Widerstands gegen staatliche Gewalt und militärische Logik mit Simon David Dressler, Kriegsdienstverweiger:innen aus Israel, Russland und der Ukraine und Organisationen der Kriegsdienstverweigerung.

Das ganze Programm:
www.friedenskonferenz.info

Ansprechpartnerin:
Maria R. Feckl, Projektleitung Internationale Münchner Friedenskonferenz
E-Mail: office@friedenskonferenz.info

Dein Weihnachts-geschenk für den Frieden!

Wunschzettel 2026

Ein ganz konkreter Schritt auf dem langen Weg zum Frieden: Finanzierung einer Arbeitsstelle „Keine Raketen nach Grafenwöhr.“

Die Organisation einer bescheidenen Kundgebung in Grafenwöhr im vergangenen September war ein großer Kraftakt für alle ehrenamtlichen FriedensaktivistInnen. Nach meiner Einschätzung kommen wir mit den vorhandenen Kräften nicht weiter. Die Information der Bevölkerung in der Nordoberpfalz muss noch intensiver werden, politischer Gegenwind gegen die Stationierung will organisiert sein. Viele gute Ideen für Öffentlichkeitsarbeit wurden im Trägerkreis Grafenwöhr besprochen, konnten aber mangels Arbeitskapazität nicht realisiert werden. Derzeit zeichnet sich ab, dass im Mai 2026 zeitgleich eine Kundgebung gegen die Stationierung, in Grafenwöhr und in Wiesbaden stattfinden soll. Diese Kundgebung soll gut vorbereitet und beworben werden! Das kann von hauptamtlichen Büro- Friedenskämpfern (egal ob in Berlin oder München) nicht geleistet werden.

Daher ganz konkret: Mit 1000 € im Monat können wir einen Midi-Job mit netto 700 € finanzieren, und dafür 46 Stunden pro Monat an Arbeitszeit einkaufen.
Es gibt bereits einen bisher ehrenamtlichen Friedensarbeiter in Grafenwöhr, der an der Organisation der Kundgebung beteiligt war, und der zu den genannten Bedingungen einsteigen würde.

Wir wünschen uns zum Fest des Friedens:
Entweder: Deine Spende pauschal für 2026, Stichwort „Keine Raketen“
auf das Konto: Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk e.V., IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00
Oder: Eine Zusage für eine regelmäßige Spende pro Monat, für das Jahr 2026
letzteres kannst Du uns formlos mitteilen. e-Mail: bayern@dfg-vk.de
Derzeit werden DFG-VK Gruppen, Einzelpersonen, Parteien; Friedensinitiativen angefragt, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Der Landesverband der DFG-VK hat bereits 100 pro Monat zugesagt.

Veranstaltungen

Ingolstadt

Infotisch der DFG-VK am Tag der Menschenrechte im Stadttheater Sonntag 07.12.2025 von 10°° Uhr bis 13°° Uhr. Es nehmen 32 Organisationen daran teil.

Was tun gegen die Wehrpflicht?

Videomitschnitt der Veranstaltung am 31.10. in München: https://www.youtube.com/watch?v=_NrdFSjdPo4
mit einem Referat von Nicole Gohlke, MdB die Linke, zum neuen Wehrpflichtgesetz.
Ab Min 18 Statements der Aktivisten, mit dem Beitrag ab Min 30 zur Wehrpflicht und Verweigerung, Art. 12 a Grundgesetz und Gewissensprüfung, Abschaffung der Bundeswehr.

Assling

11.12. 2025, 19:30 Uhr, Restaurant Plateia: Nein zur Kriegspropaganda, Nein zur Wehrpflicht. Veranstalter: BSW Kreisverband. Referent: Thomas Rödl, DFG-VK Bayern

München

20.12.2025 um 16 Uhr am Gärtnerplatz, Kundgebung: Keine Waffen nach Israel

Nürnberg

Friedenskonferenz 30.1. - 31.1. 2026
https://friedensforum-nuernberg.de/
Mit einem Workshop zum Thema Wehrpflicht.

Würzburg

03.02.2026, 18:45, Felix-Fechenbach-Haus Friedenskunst: Gesang-, Klang-, Bild- und Wortbotschaften gegen Krieg und für Frieden. https://wuerzburg.dfg-vk.de/

PAX AN

wird herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern,
V.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK Frauenlobstr. 24 Rgb, 80337 München.
Tel: 089 - 89 62 34 46,
Mo. - Fr. 13:00 - 17:00 Uhr
e-mail: bayern@dfg-vk.de

Wir bitten um Spenden

für das gemeinnützige Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk für Friedensarbeit und Völkerverständigung!
auf das Konto:
Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk e.V.
IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00

Unser Beitrag: Publikationen, Bildungsveranstaltungen und Gestaltung von Internetseiten zum Thema Abrüstung und Frieden.

Die PazifistInnen
DFG-VK
Deutsche Friedensgesellschaft
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
www.dfg-vk-bayern.de